

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ursula Burchardt, Monika Griefahn,
Heinz Schmitt (Berg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Angelika Beer, Matthias Berninger, Hans-Josef Fell,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/1963 –**

Förderung der Friedens- und Konfliktforschung

A. Problem

10 Jahre nach Ende der Teilung Europas und der Beilegung des Ost-West-Konflikts steht die internationale Staatengemeinschaft bei oftmals bürgerkriegsähnlichen Konflikten in vielen Teilen der Welt vor neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Die Komplexität der heutigen Konflikte erfordert zu ihrer Bewältigung wissenschaftlichen Sachverstand, um unter den jeweiligen Bedingungen angemessene Strategien der Konfliktbewältigung zu entwickeln und anzuwenden.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert, die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung mit Nachdruck zu betreiben, ausreichend zu sichern und dazu in naher Zukunft ein entsprechendes Förderkonzept vorzulegen.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/1963 – anzunehmen.

Berlin, den 15. Dezember 1999

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Jürgen W. Möllemann

Vorsitzender und Berichterstatter

Heinz Schmitt (Berg)

Berichterstatter

Werner Lensing

Berichterstatter

Hans-Josef Fell

Berichterstatter

Maritta Böttcher

Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Heinz Schmitt (Berg), Werner Lensing, Hans-Josef Fell, Jürgen W. Möllemann und Maritta Böttcher

I. Überweisung

Der 14. Deutsche Bundestag hat in seiner 69. Sitzung am 11. November 1999 den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/1963 – an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Verteidigungsausschuss sowie an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Angesichts der neuartigen bürgerkriegsähnlichen Konflikte und sicherheitspolitischen Herausforderungen in Europa und anderen Teilen der Welt ist nach Ansicht der Antragsteller eine besondere Förderung der Friedens- und Konfliktforschung erforderlich, um geeignete Instrumente zur Ursachenanalyse, Konfliktfrüherkennung, Krisenprävention und friedliche Konfliktlösung zu entwickeln. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die bestehenden Kapazitäten der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland zu nutzen, weiter verstärkt zu fördern und in naher Zukunft ein Förderkonzept für die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland vorzulegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Die mitberatenden Ausschüsse haben zum Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/1963 – wie folgt votiert:

	SPD und B90/G	CDU/CSU	F.D.P.	PDS	Ergebnis
AuswA am 15. 12. 99	+	–	–	+	Annahme
VgA am 1. 12. 99	+	nicht beteiligt	–	0	Annahme
AfwZ am 1. 12. 99	+	–	abwesend	abwesend	Annahme

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/1963 – in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 erstmalig und abschließend beraten. Der Zielsetzung der Bundesregie-

rung, die Friedens- und Konfliktforschung verstärkt zu fördern, wird einvernehmlich zugestimmt, weil die Konflikte und kriegesischen Auseinandersetzungen aus unterschiedlichen Gründen weltweit zugenommen haben.

Von Seiten der antragstellenden Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird darauf hingewiesen, dass die Friedens- und Konfliktforschung während der Zeit der vorangegangenen Bundesregierung einen starken Niedergang erfahren habe. Durch die vorgesehene Gründung einer Deutschen Stiftung Friedensforschung werde die Friedens- und Konfliktforschung wieder auf eine finanziell gesicherte Basis gestellt und für das fächerübergreifende Forschungsgebiet eine geeignete Fördermaßnahme geschaffen. Die zu fördernde Friedens- und Konfliktforschung stelle eine wissenschaftliche Ergänzung zur bestehenden institutionellen und praxisorientierten Politikberatung dar. Die Neubewertung der Friedens- und Konfliktforschung durch die Fraktion der CDU/CSU werde begrüßt. Dem Wunsch der Fraktion der CDU/CSU, über den vorliegenden Antrag erst in Verbindung mit einem angekündigten Antrag der Fraktion der CDU/CSU abschließend zu beraten und zu entscheiden, werde abgelehnt, weil dadurch der Beginn der Fördermaßnahme hinausgezögert würde.

Von Seiten der Fraktion der CDU/CSU wird eine mangelnde Breite des Ansatzes der Bundesregierung für die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung kritisiert. Es wird bezweifelt, dass die Bundesregierung in den Gremien der geplanten Deutschen Stiftung Friedensforschung ausreichend unabhängigen Sachverstand versammelt habe. Die Informationspolitik des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gegenüber dem Ausschuss in dieser Angelegenheit wird kritisiert. Die Fraktion kündigt für Anfang des neuen Jahres einen eigenen Antrag zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung an. Die Fraktion bittet darum, dass im Ausschuss über beide Anträge gemeinsam beraten und entschieden werde.

Von Seiten der Fraktion der F.D.P. wird die Auffassung vertreten, dass die theoretische Friedens- und Konfliktforschung in der Vergangenheit nur einen geringen Einfluss auf die Lösung von Konflikten gehabt habe. Dem Wunsch der Fraktion der CDU/CSU zur gemeinsamen Beratung des vorliegenden Antrags der Koalitionsfraktionen und des angekündigten Antrags der Fraktion der CDU/CSU wird zugestimmt.

Von Seiten der Fraktion der PDS wird gefordert, dass bei der Gestaltung der neuen Fördermaßnahme für die Friedens- und Konfliktforschung darauf geachtet werden solle, dass diese unabhängig von den jeweils Regierenden bleibe. Der Bitte der Fraktion der CDU/CSU nach einer gemeinsamen Beschlussfassung über den vorliegenden und den angekündigten Antrag sei man bereit zu folgen.

Von Seiten der Bundesregierung wird erklärt, dass durch die geplante Stiftung vor allem die entsprechende wissenschaftliche Arbeit in den Universitäten gefördert werden solle und dass dies als eine Ergänzung zu den bestehenden institutionellen Politikberatungseinrichtungen zu sehen sei. Es wird darauf hingewiesen, dass in den letzten Regierungsjahren der früheren Bundesregierung die Friedens- und Konfliktforschung im Wesentlichen auf die Förderung durch das Normalverfahren der Deutschen Forschungsgemeinschaft angewiesen gewesen sei.

Es sei bekannt, dass das Normalverfahren der Deutschen Forschungsgemeinschaft aber wenig geeignet sei, um einen fächerübergreifenden Forschungsbereich, wie dies

die Friedens- und Konfliktforschung darstelle, zu fördern. Die von der Bundesregierung jetzt geplante Förderung durch ein Stiftungsmodell werde für diesen Forschungsbereich besser geeignet sein. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung werde dem Ausschuss zu Beginn des neuen Jahres über den Stand der Vorbereitungen zur Gründung der Stiftung und über das Stiftungskonzept einen schriftlichen Bericht vorlegen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Deutschen Bundestag mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. den Antrag – Drucksache 14/1963 – anzunehmen.

Berlin, den 15. Dezember 1999

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Heinz Schmitt (Berg)

Berichterstatter

Werner Lensing

Berichterstatter

Hans-Josef Fell

Berichterstatter

Jürgen W. Möllemann

Berichterstatter

Maritta Böttcher

Berichterstatte